



Stahlarbeiter in Tangshan

KIM KYUNG-HOON / REUTERS

## Stahl Berlin und Paris gegen China-Importe

Die Bundesregierung setzt die EU-Kommission unter Druck, entschlossener gegen Billigstahlimporte aus China vorzugehen. In einem gemeinsamen Brief fordern Wirtschaftsstaatssekretär Matthias Machnig und sein französischer Kollege Matthias Fekl die Brüsseler Behörde auf, die sogenannten handelspolitischen Schutzinstrumente zu schärfen. So soll die Kommission künftig höhere Strafzölle als bisher verhängen dürfen, wenn sie feststellt, dass China seine Stahlerzeugnisse im Ausland zu niedrigeren Preisen

verkauft als im Inland, also Dumping vorliegt. Deutschland und Frankreich fordern zudem, dass die Behörde entsprechende Vorwürfe künftig aus eigenem Antrieb und nicht erst auf Antrag der Branche überprüfen darf; die Verfahren sollen deutlich beschleunigt werden. Mit dem Maßnahmenkatalog wollen die beiden Länder gegen billige Stahlerzeugnisse aus China vorgehen, die derzeit den europäischen Markt überschwemmen. Dies führe zu „unlauterem Wettbewerb“ sowie zu „ernsthaften und unumkehrbaren Auswirkungen“ wie einem „hohen Arbeitsplatzverlust“, heißt es in dem Schreiben. msa

## HSH Nordbank Neuer Chef auf Konfrontationskurs

Der designierte Vorstandschef der HSH Nordbank, Stefan Ermisch, geht offenbar auf Konfrontationskurs mit den Eigentümern der Bank. In Aufsichtsratskreisen heißt es, Ermisch halte die Entlastung der Landesbank im Zuge der jüngst beschlossenen Aufspaltung nicht für ausreichend, um die Bank erfolgreich zu privatisieren. Die HSH soll faule Kredite im Volumen von bis zu 3,2 Milliarden Euro verkaufen und bis zu 6,2 Milliarden Euro in eine Bad Bank auslagern. Diese gehört den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein, die gleichzeitig Mehrheitseigen-

tümer der HSH sind. Weitere acht Milliarden an ausfallgefährdeten Krediten bleiben in der Restbank. Ermisch, der im Juni auf Constantin von Oesterreich folgt, hat dem Gremium vorgerechnet, diese Altlasten würden der HSH jährlich mindestens 200 Millionen Euro Verlust bescheren; dagegen stünden potenzielle Gewinne des künftigen Kerngeschäfts von 250 bis 300 Millionen Euro. Auf dieser Grundlage dürfte sich die HSH allenfalls mit einem kräftigen Abschlag verkaufen lassen. Die EU-Kommission hatte den Eigentümern die Auflage gemacht, die HSH bis 2018 zu privatisieren. Geprüft werden soll ein Börsengang, ein Verkauf oder eine Fusion, möglicherweise mit der Nord/LB – gelingt dies alles nicht, wird die Bank abgewickelt, und den Ländern droht ein hoher Verlust. Vor diesem Hintergrund wirft Ermisch den Eignern offenbar vor, sich bei der EU-Kommission nicht hinreichend eingesetzt zu haben. Um die HSH verkäuflich zu machen, will Ermisch vor allem die Kosten senken. Über den angekündigten Stellenabbau hinaus soll die Zahl der Mitarbeiter um weitere 200 auf unter 2000 sinken. mhs



Oesterreich, Ermisch

CHRISTIAN CHARIS/US / PICTURE ALLIANCE / DPA

### Kommentar

# Wer handelt, der haftet

*Kartellvergehen müssen endlich härter bestraft werden.*

Deutsche Unternehmen lieben den Titel „hidden champion“ hinter ihrem Namen, und auch beim Mäuscheln und Tricksen sind viele Firmen hierzulande offenbar ganz vorn mit dabei. Lakritz und Linsen, Kaffee und Klos, Autoteile und sogar Asphalt – betrachtet man die jüngsten Ermittlungen und Bußgeldverfahren des Bundeskartellamts, dann findet sich kaum eine Branche, in der es keine heimlichen Preisabsprachen gibt. Sei es unter den Produzenten oder zwischen Herstellern und Handel. Die Rechnung zahlt am Ende der Steuerzahler beziehungsweise Verbraucher. Manchmal wird er sogar doppelt zur Kasse gebeten, etwa wenn die Unternehmen ihre Kartellstrafen für überhöhte Preise gleich wieder auf die Ladenpreise umlegen – so geschehen nach dem Auffliegen des Bierkartells 2014. Eltern und Juristen wissen, dass Strafen nur nutzen, wenn sie ein gewisses Abschreckungspotenzial entfalten. Die Politik sollte sich daher eingestehen, dass die

aktuellen Sanktionen nicht den gewünschten Effekt erzielen. Das Bundeskartellamt verhängt rigoros Bußgelder in Millionenhöhe, aber die Zahl der aufgedeckten Kartelle stagniert und ist keineswegs rückläufig. Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen soll noch in diesem Jahr reformiert werden. Wenn es der Wirtschaftsminister ernst meint, müsste er endlich die individuelle Strafbarkeit bei Kartellverfahren einführen. Dann müssten Manager, die solche Deals zum Schaden der Verbraucher einfädeln, mehrjährige Haftstrafen fürchten, wie es beispielsweise in den USA der Fall ist und wie es die Bonner Monopolkommission fordert. Bislang liegt die Buße für Beschäftigte bei maximal einem Jahresgehalt und wird so gut wie nie verhängt. Solange die Boni für Vertriebsleiter an das Durchdrücken hoher Preise gekoppelt sind, aber losgelöst bleiben von der Frage nach dem Wie, wird das Unrechtsbewusstsein nicht wachsen. Simone Salden